

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowisch 2120

Anzeigen die dreispaltig, seitigste 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

An die Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirr- baren politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 13. März 1932 Wahl des Reichspräsidenten.

Der Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs sagt:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Diese Republik wählt sich alle sieben Jahre auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen ihren Reichspräsidenten. Der Reichspräsident ist verpflichtet, bei Übernahme seines Amtes vor dem Reichstag den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Beim ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich im ersten Wahlgang keine solche (absolute) Mehrheit, so findet ein zweiter Wahl-

gang statt. Bei diesem zweiten Wahlgang handelt es sich nicht etwa um eine Stichwahl zwischen Kandidaten des ersten Wahlgangs; es können beim zweiten Wahlgang ganz andere Kandidaten aufgestellt werden. Beim zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen (relative Mehrheit) erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht.

Dem Reichspräsidenten stehen auf Grund der Reichsverfassung sehr große Machtbefugnisse zu. Er vertritt das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten, ernennt Reichsbeamte und Offiziere und kann sein Ernennungs- und Ent-

lassungsrecht durch andere Behörden ausüben lassen. Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs.

Der § 48 der Reichsverfassung gibt ihm eine Reihe von Machtbefugnissen von außerordentlichem Ausmaß. Der Reichspräsident übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus. Wohl muß der Reichskanzler oder der zuständige Reichsminister alle Verfügungen und Anordnungen des Präsidenten gegenzeichnen, auch können vom Reichspräsidenten getroffene Maßnahmen auf Verlangen des Reichstages außer Kraft gesetzt werden; das alles gibt aber keinen ausreichenden Schutz gegen die große Gefahr, die dem demokratischen Gedanken erheht, wenn aus der Wahl am 13. März ein Feind der Verfassung als Sieger hervorgeht.

Hindenburg wurde im Jahre 1925 als Kandidat der Anhänger des absoluten Obrigkeitstaates gewählt. Bei einer Siegesfeier des Nationalverbandes deutscher Offiziere sagte Herr Dr. Everling in einer Rede: die Wahl Hindenburgs bedeute den ersten Schritt zur Wiederherstellung einer monarchischen Verfassung in Deutschland. Hindenburg hat diese reaktionären Herrschaften arg enttäuscht und seinen der Verfassung von Weimar und der Republik geleisteten Eid treu gehalten. Jetzt wird er dafür von denselben Leuten, die ihn vor sieben Jahren auf den Schild erhoben haben, mit Dreck beworfen.

Die Feinde der Deutschen Republik halten die gegenwärtige Zeit für besonders günstig zur Durchführung ihrer reaktionären Pläne. Die Massennot, hervorgerufen durch die allgemeine anhaltende Arbeitslosigkeit, zermürbt die Menschen und macht sie angänglicher für politische Unvorsichtigkeiten.

Besondere Anstrengungen machen die Nationalsozialisten, um die Herrschaft an sich zu reißen. Ein festes Programm haben sie nicht. Dagegen wird ihre antisoziale und antidemokratische Einstellung klar beleuchtet durch recht deutliche Äußerungen ihrer Redner und ihrer Presse. In Wirklichkeit verfolgen die Nazis die gleichen Ziele wie der italienische Faschismus. Hitler sagt in der im nationalsozialistischen Zentralpartei-Verlag erschienenen Uebersetzung des Buches „Die Revolution des Faschismus“ von Vincenzo Meletti in dem von ihm persönlich geschriebenen Vorwort:

„Dieses Buch enthält mehr als ein gewöhnliches Buch. Es enthält die Staatsidee der Zukunft, aufgezeigt an ihrer italienischen Verwirklichung.“

Das Buch wurde ins Deutsche überleht, weil in Deutschland — völlig unabhängig von Italien — die in den Grundzügen gleiche Staatsidee unter dem Namen Nationalsozialismus entstand und im Begriff ist, gegen die verzweifelt Widerstand leistenden Vertreter überlebter Staatsysteme sich durchzusetzen.

Die innere Verwandtschaft der italienischen und der deutschen Prägung der neuen Staatsidee kann nicht bestritten werden.“

Wie die Nationalsozialisten zur Demokratie stehen, dafür nur einige Aussprüche bekannter Führer der NSDAP.

Auf der im April 1930 in München stattgefundenen Tagung der NSDAP. bezeichnete Hitler offen den Nationalsozialismus als

eine Wiedergeburt der deutschen Herrenmoral.

Er sagt:

„Der Nationalsozialismus sei nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationalen Vorzeichen, sondern bedeute Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral, die weder proletarisch noch bürgerlich ist...“

Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundesfassung ist den Verbandsvorständen überlassen. Der Bundesvorstand. Leipzig.

In einer Unterredung mit Otto Straßer am 21. Mai 1930 gab Hitler seiner Verachtung der Arbeiterklasse gegenüber in folgenden Worten Ausdruck:

„Was Sie unter Sozialismus verstehen, das ist einfach trasser Marxismus. Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale, und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschicht, die nicht wie Sie von irgendeiner Mittelmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und sichert.“

Nach einer Mitteilung des früheren nationalsozialistischen Arbeiters Friedrich hat Goebbels sich deutlich gegen die Berufung von Arbeitern auf politische Führerposten ausgesprochen. Friedrich schreibt darüber:

„Dr. Goebbels ist einer von denjenigen, die grundsätzlich behaupten, daß in einem revolutionären Kampfe die Arbeiter keine Führerrolle übernehmen dürfen, da diese nur den Akademikern zusteht.“

Derselbe Dr. Goebbels hat nach Mitteilung des ehemaligen Leiters der nationalsozialistischen Führerschulen des Gaues Brandenburg, Wilhelm Korn, in der Nummer 128 des „Nationalen Sozialist“ vom 2. Juli 1930 einem Berliner Funktionär der NSDAP auf die Frage: „Wie stehen Sie zum Sozialismus?“ geantwortet:

„Sozialismus ist für uns nur Mittel zum Zweck!“

Am 4. Dezember 1930 sagte im Reichstag der nationalsozialistische „Programmatiker“ Gottfried Feder dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey:

„Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu untersuchen.“

Der Böhne Hitler ist zwecks Einbürgerung zum braunschweigischen Regierungspräsidenten ernannt worden. Wir möchten einmal das Geschrei hören, wenn etwa die Sozialdemokratie ihren Einfluß zur Durchführung einer derartigen Schiebung benutzen würde. Hitler erhält durch diese Ernennung auch das Gehalt eines Regierungsrats. Da er nicht daran denken dürfte, seinen neuen Posten jemals auszuüben, so ist das immerhin eine nicht unerhebliche Steigerung seiner persönlichen Bezüge und zugleich eine Illustration dafür, welche Parteibuchbongewinnwirtschaft die Nazis einzuführen gedenken, wenn sie an der Macht sind.

Wie sich die Nationalsozialisten die Amtsführung Hitlers nach erfolgter Wahl zum Reichspräsidenten vorstellen, hat Dr. Goebbels am 24. Februar in einer in Breslau abgehaltenen Wahlversammlung ausgeführt. Goebbels erklärte:

„Hitler werde, sobald er zum Präsidenten gewählt sei, bereits während der ersten zwölf Stunden von dem Artikel 48 der Reichsverfassung Gebrauch machen, das Kabinett sofort entlassen und den Reichstag auflösen.“

In Italien hat der Faschismus die Arbeiterklasse aller ihrer politischen Rechte beraubt, die freie Meinungsäußerung beseitigt, alle sozialistischen und kommunistischen Organisationen ausgerottet, die Gewerkschaften zertrümmert und das blühende Gewerkschaftswesen zerstört. Der Faschismus hat das kapitalistische Ausbeutungssystem wieder hergestellt und den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geraubt.

In Deutschland will der Faschist Adolf Hitler der Arbeiterklasse daselbe Schicksal bereiten. Jeder Angehörige der wertstättigen Bevölkerung hat die heilige Pflicht, diese Gefahr abzuwehren. Darum kann es für den 13. März nur die eine Parole geben:

Gegen Hitler! Gegen die Feinde der Freiheit!

Die Deutschnationalen und Stahlhelm haben sich zu einem schwarzweißen Wahlblock zusammen-

gefunden und Herrn Duesterberg aufgestellt. Hinter diesem Jährlkandidaten stehen dieselben einflußreichen Unternehmergruppen, die auch die Wahl Hitlers unterstützen und finanzieren. Man hat Duesterberg aufsteigend nur aufgestellt, um möglichst viele Stimmen, die ohne diese Jährlkandidatur an Hindenburg fallen würden, für die Reaktion zu retten.

Auch die Kandidatur Thälmann hat keinerlei Chance, eine Mehrheit zu erlangen. Die Kommunisten versuchen zwar für die rote Einheitsfrontstimmung zu machen. In Wirklichkeit hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei den Beschluß gefaßt, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften als den Hauptfeind zu betrachten und die ganze Kraft der kommunistischen Agitation und der RWD gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu richten.

Auf einer Tagung der „Etti“ in Moskau erklärte Thälmann, der Führer der deutschen Kommunisten und Kandidat zur Reichspräsidentenwahl: „Damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt für unsere Taktik in Deutschland. Wir hatten uns sehr daran gewöhnt, nach außen hin unsere Propaganda und den Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie zu führen, als das Hauptkennzeichen der proletarischen Revolution und damit der stärksten Stütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, wobei wir in unserem früheren Auftreten manchmal den Kapitalismus und die Bourgeoisie schon beinahe vergessen hätten.“ Eine Partei, die bei ihrem hoherehrten Kampf gegen die SPD und die freien Gewerkschaften „beinahe“ den Kampf gegen den Kapitalismus vergißt, dokumentiert damit, wie wenig ehrlich sie es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meint.

Ein solcher Mann kann niemals die Person unseres Vertrauens sein. Vor sieben Jahren war Hindenburg der Kandidat der Rechtsparteien. Seine Wahl wurde dadurch ermöglicht, daß die Kommunisten auch im zweiten Wahlgang die Kandidatur Thälmann aufrechterhalten haben. Heute gilt der Kampf dem Führer der Nationalsozialisten. Die Entscheidung muß fallen zwischen Hitler und Hindenburg. Hindenburgs politische Ansetzung hat mit unserer sozialistischen nichts zu tun. Er hat aber die politischen Regeln der Demokratie, die er beschworen hat, geachtet und damit den Beweis erbracht, daß er es mit seinem Eid auf die Verfassung ernst nimmt.

Man hat den Gedanken erwogen, die Gewerkschaften sollten aus ihren Reihen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Eine solche Sonderkandidatur würde bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht den Sieg bringen, wohl aber Hitler das Spiel erleichtern.

Bei der Präsidentenwahl am 13. März 1932 gilt es Hitler, den Kandidaten der flästernden Reaktion, zu schlagen. Hindenburg hat dazu die meisten Aussichten, deshalb gebietet Ringheit und Selbsthaltungsrück allen Kollegen und Kolleginnen, am Tag der Reichspräsidentenwahl geschlossen für Hindenburg zu stimmen.

Hitler ist Deutscher geworden.

Die Braunschweiger Regierung hat Hitler zum Regierungsrat ernannt. Damit ist seine Einbürgerung automatisch verbunden. Die Nazis hatten bisher ihren schweren Kummer. Ihr Führer und Anwärter auf das hohe Amt eines Reichspräsidenten war nicht Deutscher. Als Sohn eines deutschen Vaters und einer tschechischen Mutter in Braunau in Böhmen geboren, fehlte ihm die deutsche Staatszugehörigkeit. Dazu kommt noch, daß es Hitler verstanden hatte, sich seiner Militärstellungspflicht zu entziehen. Später siedelte er dann nach Bayern über. Beim Ausbruch des Krieges ließ Hitler Gefahr als Fahnenflüchter nach Oesterreich ausgeliefert zu werden und maßete sich deshalb in Bayern „freiwillig“.

Hitlers Anhänger erklären nun: ihr „Heil“ sei ausgezeichnet mit dem E. R. I. und habe schon damit

die deutsche Staatszugehörigkeit erbielt. Dem möchten wir entgegenhalten, daß während des Weltkrieges viele Tausende die gleiche Auszeichnung erhalten haben. Darunter befinden sich eine große Anzahl von Juden, die sich außerdem noch darauf berufen können, daß eine lange Reihe ihrer Vorfahren bereits Deutsche waren. Trotzdem müssen sich auch diese Träger des E. R. I. von den Nazis dauernd als „Fremdstämmige“ beschimpfen lassen.

Wer den Krieg als einfacher Musfote mitgemacht hat, konnte recht bald die Erfahrung sammeln, daß persönliche Tapferkeit vor dem Feinde noch lange nicht dazu ausreichte, um dekoriert zu werden. Das lag vor allem daran, daß die Stellen, die über die Vergabe von Auszeichnungen, sagen wir: vom E. R. I. auswärts zu bestimmen hatten, sehr selten dabei waren, wenn diese Auszeichnungen verdient wurden. Sicherer und für Erhaltung von Leben und Gesundheit zuträglich war es auf alle Fälle, wenn es gelang, in der Nähe einer hohen Kommandostelle einen Druckposten zu erlangen. Das dürfte auch Adolf Hitler mit dem „Stahlgang“ bald erkannt haben und bei seinem außerordentlichen Talent mit großen Herren Verbindungen zu bekommen — wir denken an die Tagung der Großunternehmer im Kaiserhof in Düsseldorf und ähnliche Veranstaltungen — sind wir nicht überrast zu hören, daß Hitler im Krieg Weidwänger beim Regimentsstab des bayerischen Kaiserregimentregiments 16 gewesen ist. Der „Grundstein“, dem wir diese Nachricht entnehmen, schreibt dazu: „Weidwänger bei der Kompanie — ja, das war etwas. Die hatten im dichten Schlammfeld besondere Qualitäten zu entwickeln. Weidwänger beim Bataillon ging auch noch an, aber Weidwänger beim Regimentsstab mit einem Quartier zwei bis drei Kilometer hinter der Front? Das galt beim richtigen Frontschwein schon als Anfang der Tappe.“

Es dürfte eine sehr große Anzahl Deutscher geben, die auf den Zuwachs der deutschen Nation durch die Einbürgerung von Hitler sehr wenig stolz sind.

Der Schrei nach Arbeit!

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland hat im Februar die Sechsmillionengrenze weit überschritten. Durch das Daniederliegen des Baumarktes sind auch die Baunebenberufe in Mitleidenschaft gezogen worden. So berichtet das Institut für Konjunkturforschung über die Lage der Möbelindustrie:

„Die Umsätze des Möbelhandels, die noch im Oktober ungewöhnlich hoch waren, gingen seitdem scharf zurück. Trotzdem war die Möbelindustrie im November noch verhältnismäßig gut beschäftigt, da der Handel immer noch Käufe zur Auffüllung der Lagerbestände vornahm. Im Dezember trat dann ein starker Rückgang von Produktion und Beschäftigung ein. Die Möbelleinfuhr nahm weiterhin stark ab. Die Ausfuhr konnte sich im zweiten Halbjahr im allgemeinen behaupten; allerdings nahmen die Absatzschwierigkeiten infolge der Einfuhrerleichterungen in wichtigen Abnehmerländern (Frankreich, Großbritannien usw.) ständig zu.“

Die Reichsregierung verhält sich angesichts der großen Arbeitslosigkeit völlig passiv. Sie hat loebenswerter Beiträge aus dem Stadtsäckel bereitgestellt. Die Landwirtschaft wird seit Jahren in geradezu verschwendertlicher Art mit Subventionen bedacht. Nur zur Arbeitsbeschaffung sind anscheinend keine Mittel zu beschaffen.

Im Interesse der unzähligen Arbeitslosen, die zum Teil schon seit Jahren ohne Beschäftigung dastehen, verlangen wir von den verantwortlichen Regierungsgremien, von der Öffentlichkeit und von den Unternehmern, daß so schnell wie möglich alle Wege beschritten werden, die geeignet erscheinen, die Arbeitsbeschaffung in Fluß zu bringen. Um eine Belebung der Bauwirtschaft zu fördern, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Reichstage drei Gesetzentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbauwesens sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer vorgelegt. Ein weiterer Entwurf, worin praktische Vorschläge zur Finanzierung der Bauarbeiten gemacht werden, ist in Vorbereitung. So soll die Hauszinssteuer auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden.

Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen und kann innerhalb dieser Zeit durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrages abgelöst werden. Durch genaue Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die Inflation gemacht hat, soll ein höheres Aufkommen als bei der Hauszinssteuer erreicht werden, ohne daß eine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintritt. Um die kleinen Hausbesitzer zu schonen, ist bestimmt, daß die Häuser bis zu 5000 Mk. Friedenswert von der Rentenschuld vollständig befreit werden, während bei den Grundstücken bis zu 10 000 Mk. Vorrückwert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustande ausgeschlossen werden soll. Selbstverständlich sind für die Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen vorgesehen wie bisher, und ebenso soll für die leerstehenden Wohnräume die bisher ein Erfolg der Rentenschuld erfolgen.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Berlin. Die Berliner Ortsverwaltung hatte zu Donnerstag, den 4. Februar 1932, eine allgemeine Funktionärerversammlung einberufen, um den Jahresbericht für 1931 erstatten zu können.

Kollege Osten führte aus, daß die Arbeitslosenziffer zu Ende des Jahres 1931 in Deutschland die Zahl von 6 Millionen überschritten hat. Auch in den anderen Ländern hat die Arbeitslosigkeit zugenommen, so daß man 23 bis 24 Millionen Arbeitslose zählen dürfte.

Auch das Feierjahr des amerikanischen Präsidenten hat daran nichts ändern können. Die Schrumpfung des Weltmarkts schreitet weiter; beträgt doch die deutsche Einfuhr nur noch die Hälfte gegenüber den Jahren 1927-1929, und wenn auch für 1931 noch ein Ausfuhrüberschuß vorhanden ist, so liegt doch die Ziffer der Zahlungseinstellungen und Konturle für 1931 mit rund 23 000 gegenüber.

Für die deutsche Arbeiterkassette bildeten die Rotverordnungen der deutschen Regierung weitere schwere Belastungen, so der Abbau der Sozialversicherung, Erhöhung und Einführung neuer Steuern und besonders die Vierte Rotverordnung vom Dezember 1931 mit ihren Eingriffen auf arbeitsrechtlichem Gebiet und der damit verbundenen Lohnsenkung, nachdem aber schon vorher die übernatürlichen Verdienste sehr stark abgebaut worden waren.

Die Arbeitslosigkeit in unserer Organisation betrug im Jahresdurchschnitt 50 Proz., am Jahresende 61 Proz. und stehen wir damit an erster Stelle der Konjunkturberufe. Die Auswirkungen dieser katastrophalen Verhältnisse zeigen sich beim Neuaufschluß von Mantel- und Bohnerträgen, wenn auch zu sagen ist, daß sich die rigorosen Abbauforderungen der Unternehmer deshalb nicht voll durchsetzen konnten, weil die Organisation ihre Kraft und Wirksamkeit, entsprechend den Verhältnissen, einlegen konnte.

Für die Lederwarenbranche wurde der Manteltarif neu abgeschlossen und läuft bis zum 4. April 1933. Die Ferien wurden für die Werksattarbeiter von 10 auf 8 Tage, für die Heimarbeiter von 5 auf 4 Tage verkürzt. Der Lohn wurde einmal um 1,10 Mt. auf 1,04 bzw. 1,03 Mt. gesenkt und sollte bis Ende Januar 1932 laufen. Auf Grund der vierten Rotverordnung erfolgte eine weitere Senkung von 10 Proz. auf 0,93 Mt. durch Entscheidung des Schlichters. Die Unternehmer hatten einen Abbau von 15 Proz. gefordert.

Für die Tapeziererbranche ergab sich der neue Zustand, mit zwei Unternehmergruppen verhandeln zu müssen: Innung und Reichsverband. Der Mindestlohn erfuhr eine Senkung von 1,38 Mt. auf 1,30 Mt. für beide Gruppen und konnte bis zum Schluß des Jahres gehalten werden. Durch die vierte Rotverordnung trat eine 15prozentige Senkung ein und beträgt der Lohn jetzt 1,11 Mt. Für die Näherinnen wurde der Lohn von 1,01 Mt. auf 0,85 Mt. gekürzt und erneut durch Rotverordnung auf 0,80 Mt. festgesetzt. Auch diese Regelung gilt für beide Unternehmergruppen.

Das Lohnabkommen für die Karosseriebranche, welches im Dezember 1930 abgeschlossen war, wurde zum August gekündigt. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, welcher eine 6prozentige Lohnsenkung vorschlug, wurde beiderseits abgelehnt und besteht somit ein tarifloser Zustand. Inzwischen sind einige Betriebsvereinbarungen zustande gekommen mit einem Mindestlohn von 1,- Mt. auf Grund der vierten Rotverordnung. Als besondere Erleichterung für die Branche kommt noch hinzu, daß Ford seinen Betrieb nach Köln verlegt hat, sowie die Stilllegung der Firma General Motors.

Die Treibriemenbranche hatte bis 1931 eine verhältnismäßig günstige Entwicklung. Sie konnte ihren Lohn bis auf 1,26 Mt. steigern, hat aber 1931 einen dormaligen Lohnabbau hinnehmen müssen. Im Februar von 1,26 Mt. auf 1,20 Mt., im Juli von 1,20 Mt. auf 1,16 Mt., und im Oktober von 1,16 Mt. auf 1,11 Mt., und dann im Dezember auf Grund der vierten Rotverordnung auf 1,- Mt. Beim Neuaufschluß des Reichstarifes wurden die seit langem bestehenden Berufsfestien in Betriebsferien mit der Wirkung um einen Tag umgewandelt.

In der Zeit- und Planbranche hat sich angeblich die Arbeitgebervereinigung aufgelöst. Es wurde ein Haustarif mit der Firma Reichelt abgeschlossen, in dem der Lohn von 1,50 Mt. auf 1,42 1/2 Mt. festgesetzt wurde, desgleichen der Manteltarif mit einigen Veränderungen. Diesem Abkommen haben sich verschiedene Firmen angeschlossen. Eine weitere Senkung erfuhr der Lohn im Oktober auf 1,32 1/2 Mt. und nach der Rotverordnung im Dezember auf 1,20 Mt.

In der Linoleum- und Leppichegerbranche wurde der Lohn am Anfang des Jahres 1931 von 1,70 Mt. auf 1,60 Mt. gesenkt. Das Reichsarbeitsministerium hob im September die Allgemeinverbindlichkeit dieses Lohnabkommens auf, mit der Begründung, die Höhe dieses Lohnes Dritten nicht zumuten zu können. Im Dezember wurde dann der Lohn durch die Vierte Rotverordnung auf 1,40 Mt. festgelegt. Bei der Neuregelung des Manteltarifes wurde der Urlaub von 14 auf 12 Tage verkürzt.

Kollege Osten betonte, daß das Jahr 1931 ein Jahr der Abwehr war und daß die Ergebnisse, verglichen mit denen anderer Organisationen, sich immer noch sehen lassen können.

Auch die Lokalfeste ist trotz der großen Arbeitslosenzahlen und der sinkenden Einnahmen ihren Verpflichtungen voll gerecht geworden. Sie schließt mit einem Bestand von 87 728,39 Mt. gegenüber einem Bestand vom 1. Januar 1931 von 114 813,25 Mt. ab. Einer Einnahme von 21 956 Mt. an Lokalbeiträgen steht allein gegenüber die Summe von 39 195 Mt. nur für Unterstufungen. An der Weihnachtunterstützung haben 1636 arbeitslose Kolleginnen und Kollegen teilgenommen und ist die Summe von 20 525 Mark zur Auszahlung gelangt. Die Hauptkasse schließt mit 143 250,32 Mt. ab. Die großen Unterstufungsansprüche machten einen Zuschuß von 15 312,72 Mt. erforderlich. Der Mitgliederbestand beträgt 3454 Kollegen und 378 Kolleginnen.

In der Diskussion zum Geschäftsbericht versuchte ein RGD-Mitglied keine wirren Phrasen an den Mann zu bringen, wurde jedoch vom Kollegen Osten im Schlußwort auf das Unwahre seiner Behauptungen hingewiesen.

Mit der Aufforderung, sich einzutragen in die „Eisernen Bücher“ und sich einzureihen in die „Eiserne Front“ zum Kampf gegen den Faschismus und Erhaltung der Demokratie schloß Kollege Pinkowski die gut besuchte Versammlung.

Paul Steinführ.

Jahresbericht der Filiale Köln. Wenn wir bei unserem vorjährigen Jahresbericht schon über eine dauernde Verschlechterung des Arbeitsmarktes berichteten, so müssen wir feststellen, daß uns das Jahr 1931 keine Besserung gebracht hat. Auch im vergangenen Jahr ging es mit der Beschäftigungsmöglichkeit von Woche zu Woche bergab.

Immer mehr kamen die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und wurden gezwungen, zur Stempelstelle zu gehen. Die Aussichten auf Wiedereinstellung sind sehr gering. Wenn ein Mitglied das Glück hatte, Arbeit zu finden, dann war es sicher keine Dauerstelle. Sehr viel sind unsere Mitglieder nur noch Zuschussarbeiter.

Das Leben in der Filiale Köln im Berichtsjahr war reg. In den Vorkonferenzen wurden Vorträge wirtschaftlicher und politischer Art gehalten. Die Branchenversammlungen beschäftigten sich mit Lohn- und Tariffragen. Die Betriebsversammlungen galten der Agitation und des Betriebsangelegenheiten, ebenfalls die Betriebsratsitzungen. Der Versammlungsbesuch härtete oft besser sein können.

Die Verhandlungen im Schlichtungsausschuß, beim Schlichter, am Arbeitsgericht, Landesarbeitsgericht und mit einzelnen Arbeitgebern waren zahlreich. Als Erfolg der Klagen am Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht können wir den Betrag von 1 274,67 Mt. buchen.

Von den Mitgliedern waren erwerbslos: Ende 1930: 41,7 Proz. und am Ende des Berichtsjahres 51,2 Proz. Prozentual die höchste Erwerbslosenzahl hat die Fahrzeugbranche mit 68 Proz. Bei allen Branchen erhöhte sich der Prozentatz der Erwerbslosen, und zwar bei der Lederwarenbranche von 39,6 auf 41 Proz., bei den Tapezierern von 42,4 auf 47 Proz., bei den Dekorationsnäherinnen von 37 auf 40 Proz., bei der Fahrzeugbranche von 61,6 auf 68 Proz., bei den Treibriemern von 21,9 auf 53,8 Proz.

Für die erwerbslosen Mitglieder fanden zwei Beschäftigungen statt, und für die erwerbslosen jugendlichen Mitglieder wurden außerdem zwei Fachkurse veranstaltet. Der Besuch der Beschäftigungen war gut. Die Fachkurse hätten Anspruch auf bessere Beteiligung.

Daß wir auch Mitgliederverluste buchen müssen, ist zwar bedauerlich, aber eine allgemeine Krisenercheinung. Es gibt eben immer noch sehr viel Arbeitnehmer, die den Wert der Organisation noch nicht erfährt haben und auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch nicht begreifen können. Sehr groß ist immer noch die Fluktuation in unserer Filiale, 58 Aufnahmen standen 132 Ausschüsse gegenüber. Von den Ausgeschlossenen waren 60 Buchmitglieder. 34 Mitglieder sind länger als 25 Jahre organisiert. Gestorben sind in dem vergangenen Jahr drei Mitglieder.

An Erwerbslosen, Kranken, Streit-, Extra- und sonstigen Unterstufungen wurden 11 942,80 Mt. ausgezahlt.

Die Jugendgruppe unter Leitung des Kollegen Wader ist sehr reg. Wader und seine engeren Mitarbeiter verstehen es, das Programm an den

Jugendabenden, die jeden Donnerstag im Volkshaus stattfinden, so zu gestalten, daß die Jugendlichen sehr gern die Veranstaltungen besuchen. Sehr erfreulich ist das Interesse der weiblichen Jugend an den Veranstaltungen.

Die Beteiligung an den Bildungsveranstaltungen des ADGB und der Besuch des freigeberwirtschaftlichen Seminars, besonders von der Jugend, sind zufriedenstellend.

Für alle Branchen, mit Ausnahme der Karosserie, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

West-Waggon lag bei Beginn des Jahres still durch Streik. Nachdem der Streik nach 12wöchiger Dauer am 16. Januar beendet war, leiste sofort die Arbeit gut ein, und es wurden alle Streikenden wieder eingestellt. Aber schon im Laufe des Sommers kamen Entlassungen vor, und im November wurde das Werk ganz stillgelegt. Hier war die Rationalisierung so weit durchgeführt, daß fast nur jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt wurden. Lohn und Arbeitsbedingungen fallen unter den Tarifvertrag der Metallindustrie.

In der Karosseriebranche sieht es sehr trübe aus. Die Fordwerke, die im Mai eröffnet wurden, brachten manchem Kollegen eine Enttäuschung. Citroen hat das ganze Jahr hindurch gearbeitet, wenn auch mit einer sehr stark verminderten Belegschaft. Ein Lohnabkommen kam für diese Branche nicht zustande. Das Organisationsverhältnis ist gut. Trübe sieht es in der Lederwarenindustrie aus. War so schon nicht viel los hier, so haben die Kursstürze auf dem internationalen Geldmarkt und die Follerhöhung besonders in England die Lage weiter verschlechtert. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bezüglich geregelt. Das Organisationsverhältnis ist nicht das beste.

In der Treibriemenindustrie haben sich die Verhältnisse in dem Jahr gewaltig verschlechtert. Die Zahl der Beschäftigten ist stark zurückgegangen, und bei der Firma Cahen wird nach dem Krimpergebnis gearbeitet. Lohn und Mantelvertrag sind geregelt.

Für die Tapezierer ist in dem Berichtsjahr eine weitere Verschlechterung in der Beschäftigung eingetreten. Nur wenige sind es noch, die auf bessere Polstermöbel arbeiten. Die Warenhäuser, Stapelmöbel- und Matratzenfabriken reihen immer mehr die in das Fach einschlägigen Arbeiten an sich. Nur ganz vereinzelt werden noch Kollegen und Innungsmeister beschäftigt. Lohn und Arbeitsbedingungen sind tariflich geregelt. Das Organisationsverhältnis ist gut.

An Dekorationsnäherinnen ist ein großes Ueberangebot vorhanden. Die Kleinmeister helfen sich nur mit Lehrmädchen. Hat das Mädchen ausgelemt, dann wird es entlassen.

Wie mit den Lehrmädchen der Dekorationsbranche, geht es mit den Lehrlingen aller Branchen. Im allgemeinen werden die Jungen bei Kleinmeistern ausgebildet. Aber hier können sie nicht bleiben, wenn sie die Lehre beendet haben. Sie wandern sofort nach der Stempelstelle. Durch die jahrelange, intensive Tätigkeit des Gesellenausschusses und durch die Lehrlingsordnung der Hauptverwaltung ist in der Lehrlingshaltung eine Besserung eingetreten. Wir hatten in Köln am Anfang des Berichtsjahres 45 Sattlerlehrlinge und jetzt 30, 106 Tapeziererlehrlinge und jetzt 76. Die Sattlerlehrlinge sehen sich zusammen aus Karosserie- und Handwertstättlern.

Kolleginnen und Kollegen Kölns! Ein Jahr des wirtschaftlichen Niederganges, ein Jahr des Kampfes um Lohn und Arbeitsbedingungen liegt hinter uns. Waren wir auch nicht die Angreifer, so muß doch festgestellt werden, daß die Gewerkschaften auch im Abwehrkampf ihre Schuldigkeit getan haben. Die Gewerkschaften haben vieles vereitelt, was ohne sie eingetreten wäre an Verschlechterungen. C. Sch.

Um Generalversammlung. Aus dem vom Vorsitzenden Sauter vorgelegten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß 1931 ein Kampfsjahr erster Ordnung war. Um so bedauerlicher sei es, daß ein Teil der Kollegen sich entmutigen lasse und widerstandslos das Diktat der Unternehmer hinnehme. Abgehalten wurden sieben Mitgliederversammlungen, fünf Verwaltungsversammlungen, vier Kassenrevisionen, sechs Betriebsversammlungen. Außerdem wurden zehn Veranstaltungen des Ortsartells besichtigt. An 30 Kollegen, die bereits ausgeteuert sind, wurde aus der Lokalfasse eine Winterbeihilfe von je 5 Mt. gewährt. Die Kollegen Martin Herz, Nikolaus Döppler, Georg Köpf und Ludwig Landosauer konnten auf eine ununterbrochene 23jährige Mitgliedschaft zurückblicken und überreichte der Vorsitzende den Jubilaren im Auftrag der Ortsverwaltung ein kleines Geschenk. Die Neuwahl zur Ortsverwaltung ergab mit Ausnahme des freiwillig auscheidenden Schriftführers Kollegen Abele die Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Mit dem Amt eines Schriftführers wurde Kollege Hans Karr betraut. Zur Debatte stand ferner die Lokalfrage, die Mitglieder waren jedoch nicht für einen Wechsel.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Sitzung des Exekutivkomitees der IAG. in London. Am 12. Dezember 1931 fand in London die jährliche ordentliche Sitzung des Exekutivkomitees statt.

Eine längere Aussprache entfaltete sich anlässlich des vom Heidelberger Kongress (Juli 1929) erhaltenen Auftrages, den verschiedenerlei beanspruchten § 27 des Statuts, in dem die gegenseitige Unterstützung überleitender Mitglieder geregelt ist, den veränderten Verhältnissen entsprechend zu revidieren.

Josef Scholz †. Am 5. Februar 1932 ist der langjährige Funktionär des Zentralvorstandes des Verbandes der Lederindustrie- und Lederarbeiter Österreichs im Alter von 57 Jahren gestorben.

Kollegin Tschj †.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trifft uns die traurige Nachricht, daß die Genossin Frau Emma Tschj, Stenotypistin im Büro des Hauptvorstandes, am Herzschlag gestorben ist.

Die Geldwirtschaft der Konsumvereine.

Die Geschäftsanteile und die Spareinlagen der Mitglieder bilden das Hauptrückgrat der konsumgenossenschaftlichen Geldwirtschaft. Der konsumgenossenschaftliche Sparer unterscheidet sich aber von dem privatwirtschaftlichen sehr wesentlich dadurch, daß nicht allein die Aussicht auf Zinsen, also auf einen materiellen Vorteil, die Antriebskraft beim Sparen ist und sein darf.

In einem Aufsatz „Klärung und Aufklärung“ in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 4 vom 23. Januar 1932 zieht Heinrich Sierakowski aus dieser Tatsache den Schluß, daß gerade die Gegenwart die Erziehung zur Genossenschaftlichkeit verlangt. Die Erziehung unterbleibt oft nicht deshalb, weil die Schüler, sondern weil die Lehrer fehlen. Daß die Erziehung von allen, die dazu in der Lage sind, mit Nachdruck betrieben werden muß, braucht nicht besonders betont zu werden.

Die gleichen Erwägungen wie für die Spargelder gelten für den Geschäftsanteil. Er ist mit keiner Steifigkeit das dringend notwendige Gegengewicht gegen die den Spareinlagen innewohnende Unruhe. Ihm muß daher besondere Beachtung geschenkt werden. Gewiß wird es nicht immer leicht sein, den Geschäftsanteil auf 60 Mt., was ungefähr die zeitgemäße Höhe sein dürfte, zu bringen.

hin schon erstaunt sein über die Bereitschaft und Fähigkeit der Mitglieder der Konsumvereine zu genossenschaftlichem Handeln. Das Verlangen an sich, mit dem ausreichenden Geschäftsanteil die Geldwirtschaft ihres Konsumvereins fest und sicher zu gestalten, wird in dem Maße auf Erfüllung hoffen, in dem man sich an ihre genossenschaftliche Einsicht wendet.

Rundschau

Weiteres Aufsteigen der Arbeitslosigkeit. Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern 6 127 000 Arbeitslose eingetragen, gegenüber der Zählung vom 31. Januar d. J. eine Zunahme um rund 85 000. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit dürfte voraussichtlich erst Ende Februar erreicht sein.

Die Tragikomödie vom Preisabbau. Als Feinheit der Lohnabbau diktiert wurde, ist von der Regierung zugleich versprochen worden, die Senkung des Lebensstandards dadurch wieder auszugleichen, daß unter allen Umständen eine Preisverbilligung für die wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs in die Wege geleitet würde. Tatsache ist, daß der Großhandelspreis für Butter, der im Januar 1932 einen Tiefstand von 97 Mt. pro Zentner erreichte, gegenwärtig wieder auf 135 Mt. hinaufgeschwollen ist.

Umsatz gebrauchter Autos steigt. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung hat im Jahre 1931 der Umsatz von gebrauchten Fahrzeugen, gemessen am Absatz von neuen Fahrzeugen, beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Der Absatz neuer Personenkraftwagen in Deutschland ist von 82 000 im Jahre 1930 auf 56 000 im Jahre 1931 gesunken. Demgegenüber hat das genannte Institut aus den Zufassungszahlen ermittelt, daß im Jahre 1931 167 000 gebrauchte Personenkraftwagen gegenüber 147 000 im Jahre 1930 zugelassen worden sind.

Siffers Irabanten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Widmann hat im Hessischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der es heißt: „Sicherem Vernehmen nach sind drei Mitglieder der nationalsozialistischen Landtagsfraktion wegen schwerer ehrenrühriger Delikte vorbestraft: einer wegen Beihilfe zum Betrug mit 6 Wochen Gefängnis, ein anderer (Buttler-Eberstadt, der sich selbst in den unteren Teil des Rückens schoß und einen Ueberfall durch Gegner vortäuschte) wegen qualifizierten Diebstahls in mehreren Fällen mit 2 und 3 Monaten Gefängnis, ein dritter wegen Sittlichkeitsvergehens mit 4 Monaten Gefängnis. Im Interesse der von den Nazis erstrebten Sauberkeit des öffentlichen Lebens wird angefragt: Was ist der Regierung über diese Fälle bekannt?“

Aus dem Halleischen Schlamm. Das Amtsgericht Halle (Saale) beschloß, das Konturverfahren über das „Bermögens“ des Allgemeinen Konsumvereins für Halle (Saale) und Umgegend wegen Mangel an Masse einzustellen, nachdem der Konturverwalter und der Vertreter des Gläubigerausschusses das „Nichts“ bestätigt hatten. Die übliche Schlußrechnungsgläubigerversammlung ist auf den 18. März anberaumt. Zur Weiterführung des Konturverfahrens wären, wie in der Begründung des Gerichtsbeschlusses mitgeteilt wurde, 75 000 Mt. erforderlich gewesen.

Damit ist der Schlußstrich unter eines der trübsten Experimente kommunistischer Betriebsämter gezogen worden. Unsere Königsberger Kollegen werden sich damit abfinden müssen, daß ihr gefangener Ortsfonds im Betrage von 1500 Mt., den im vorigen Jahre die damaligen kommunistischen Vorstandsmitglieder K. Albrecht, Hermann Balchski und Fritz Ratulat den Halleischen Kommunisten in die Hände gespielt haben, damit völlig verloren ist.

Bücherschau

Büchereigenen will nicht zur Ruhe kommen! Neues Schicksal! Die Krisenpolitik der von Altendurg 1. H. beschlossene in diesen Tagen die bekannte 5-Mt.-Bücherei des Bez.-Verlages „Der Bundarm von Büchereigenen“ unter der merkwürdigen Begründung, die Darstellung Adolf Siffers als Gendarm auf dem Titelbild der Broschüre sei „accusator“, die Polizei Thüringens lächerlich zu machen.“ Auf eine Besondere der Parteibuchhandlung in Altendurg hat die Regierung in Weimar das Verbot der Broschüre wieder aufgehoben.

Au der Fortbildungskursenreihe für das Personal der Kreisämter ist im Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (Etto Lebow, Berlin E 26, Eichenstr. 40-41, das 4. Heft erschienen. Rudolf Jonas Berlin schreibt über „Die Grundlagen der wertgerichteten Arbeitslosenvergabe“. Der Preis beträgt für die Mitglieder des ZVd. 20 Pf., für Nichtmitglieder 1,80 Mt. (Umfang 64 Seiten).

„Sozialdemokratische Parteikorrespondenz.“ Jahrgang 1931. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin E 26, Lindenstr. 3. 888 Seiten. Cartonné 6,50 Mt.

Der Jahrgang 1931 der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ liegt in einem stattlichen Bande von 888 Seiten vor. Auch in diesem Jahre blieb die Parteikorrespondenz ihren Aufgaben treu: die Haltung der Sozialdemokratie in Reich und Ländern darzustellen, die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des In- und Auslandes überichtlich zusammenzufassen und Quellennaterial über die Tätigkeit der Gegner zu bieten.

Die Parteikorrespondenz ist das für die Funktionäre und Referenten einfach unentbehrliche Informationsorgan und erfreut sich selbst im Ausland steigender Nachfrage. Die fast lückenlose Darstellung aller wichtigen innen- und außenpolitischen Ereignisse, das umfangreiche Material über generische Parteien und die informativsten Beiträge über fremde Staaten und die deutschen Länder machen die Parteikorrespondenz zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk.

Auch dieser Jahrgang der Parteikorrespondenz enthält mehrere Sonderdarstellungen, die besonders hervorzuheben sind. Das Heft brachte eine Statistik der Reichsbanknote 1913-1930, die Septemberausgabe eine agitatorisch wertvolle Polemik über „die Nischenhalter“ und „Kontingenzen sozialdemokratischer Parteien“. In Nr. 10 wurde eine Darstellung der Expansionsbestrebungen innerhalb der Partei vorgenommen und außerdem unter dem Titel „Wort und Tat“ der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion eine Abrechnung mit dem Zügenystem der Nazis gehalten.

Tätig und lebendige für Herzkranken. Neuzittliche Wege zur wirksamen Behandlung chronischer Herzleiden (Herzneurosen, Herzmuskelchwäche, Arrhythmien der Herzkanäle, Herzverengung, Klappenfehler usw.). Ein praktischer Führer zur Wiederherstellung und Erhaltung der Herzkraft, Arbeitsfähigkeit und Lebensfreude für den Herzkranken. Von Dr. med. D. Walten, leitender Arzt von Dr. Malten's Institut für Nerven- und Stoffwechselfrakten, Baden-Baden. Mit 16 Bildern. Seeben erschienen im Sueddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Erlangenstraße 14. Preis nur 2 Mt.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 1. März bis 6. März ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Uchtung! Berichtsarten einleiden! Alle Orte, die die Monatsberichtsarten für Februar 1932 noch nicht eingeleitet haben, werden dringend eruchtet, das Versäumte bis spätestens zum 8. März nachzuholen.

Adressenverzeichnis. Die Hauptverwaltung beachtlichst am 1. April d. J. ein neues Adressenverzeichnis herauszugeben. Wir eruchen alle Verwaltungsstellen, uns umgehend Vornamen und Zunamen ihrer Vorsitzenden und Kassierer nebst genauer Wohnungsangabe zu melden.

Die Hauptverwaltung.

Richtigstellung: In der Nummer 9 des Verbandsorgans bedarf ein Fehler der Richtigstellung. Es heißt da auf Seite 1, Spalte 3, eingangs des drittletzten Abschnittes: „Das fünfte Viertel ist vor drei Jahren — usw.“. Es muß heißen: „Die Erweiterung der Bezugsdauer der U. für alle Mitglieder, die über 156 Beitragsmarken geleistet haben — usw.“. Die Redaktion.

Sterbetafel

Berlin. Gestorben sind: Am 12. Februar der Sattler Kollege August Ditschewski im Alter von 39 Jahren. Am 15. Februar der Kofferfalter Kollege Gustav Thiem e im Alter von 63 Jahren. Am 17. Februar der Porzellaner Kollege Robert Schöbel im Alter von 59 Jahren. Die Kollegen Thiem e und Schöbel haben über 30 Jahre immer treu zur Organisation gestanden. Am 20. Februar der Porzellaner Kollege William K i e n e r t im Alter von 49 Jahren; seit 26 Jahren Mitglied unseres Verbandes.

Düsseldorf. Am 14. Februar verschied plötzlich unter treuer Kollege und Mitgeselle, der Tapezierer und Polsterer Karl Billig im Alter von 54 Jahren. Die Witwe in ihrem Wirkungskreis wird nicht leicht wieder zu schließen sein.

Frankfurt a. M. Am 18. Februar starb unser invalides Mitglied, der Sattler Albert Schröder im 58. Lebensjahr nach 36jähriger Mitgliedschaft.

Ceispig. Am 17. Februar verschied unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer Karl B i e w e g im Alter von 69 Jahren an Herzschlag.

Stuttgart. Am 17. Februar starb unser Kollege, der Ausfalter Christian K a l b im Alter von 40 Jahren nach 13jähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken!